

Volks-Zeitung

Die Magdeburger Vorgänge vor den Räten.

Keine Enthaltung Ledebours. — Erneuter Appell an den Untersuchungsrichter. — Der Ruhrstreik.

Der von verschiedenen Nachrichtenstellen der Öffentlichkeit eingereichte „Generalstreik“ hat Berlin auch heute ebensowenig überrascht, wie die „Demonstration der Artregimenten“, die den Auftakt zu einer „neuen Schlacht“ bilden sollte. Wir haben die Meldungen von diesen Aufschüben nicht wiedergegeben, da wir allein sozialdemokratischen von der Stimmung der Arbeiterschaft Berlins besitzen, um zu wissen, welchen Dingen sie geneigt ist und welchen sie ablehnend gegenübersteht. Bedauerlicherweise war durch die Erzeugnisse jener Nachrichtenstellen, der wir kürzlich schon einmal etwas von der Verantwortung der Presseverbreitungsanstalt gegenüber hatten, eine Herabsetzung hervorgegangen worden, die schon wieder die tollsten Gerüchte durch die Stadt jagte. Die Regierung hatte für heute, um für alle Fälle gesichert zu sein, für den inneren Stadtbezirk große Absperrungen getroffen, die jedoch bereits nach einer Stunde wieder aufgehoben werden konnten. Als die Straßenbahnen wieder ihren gewöhnlichen Weg nehmen konnten, war es mit allen Gerüchten vorbei. Wir möchten diesen Anlauf auf neue Bemühungen, um nach allen Seiten hin zu sagen, daß weniger Herabsetzung, weniger Missetat in der Verbreitung unfotografierbarer Nachrichten der Ruhe, nach der wir alle das Verlangen haben, zehnmal mehr Nutzen würden, als eine durch allerlei Unbereitschaften geschaffene Verwirrung der Bevölkerung, die schließlich militärische Maßnahmen notwendig macht.

Auch der Rätekonferenz konnte heute in voller Ruhe die Debatte über den Bericht des Zentralrats fortsetzen. Bei Beginn der Sitzung wurde ein Schreiben des Justizministers mitgeteilt, daß dem Antrage auf Enthaltung Ledebours nicht stattgegeben werden könne, da die Immunität der Räte sich nur auf die Dauer des jetzigen Kongresses beziehe, Ledebour aber wegen der Januarunruhen in Untersuchungshaft sei. Die Unabhängigen begleiteten die Verlesung des Schreibens mit lauten Protesten. Ein Antrag Dr. Rosenfelds wünschte, sich nunmehr mit einem Appell an das Gericht selbst zu wenden; der Präsident stellte das Einverständnis einer Mehrheit des Hauses mit diesem Ersuchen fest, und so befindet sich die Angelegenheit Ledebours aufs neue in der Schwebe.

Danach stellte der Soldatenvertreter Bod ein Antrag auf sofortige Haftentlassung des Unabhängigen Brandes, der an den Magdeburger Vorgängen beteiligt gewesen sein soll. Bod gab eine Darstellung von den Ereignissen, die die ganze Aktion weniger staatsgefährlich, wenigstens in einem wesentlichen anderen Sinne erscheinen läßt, als die amtliche Darstellung es gab. Wir schließen uns der Meinung der Kongressmitglieder an und fordern von der Regierung eine genaue Untersuchung der Vorgänge und, falls diese die Unschuld des Unabhängigen Brandes ergibt, selbstverständlich auch dessen Befreiung.

Nach der Magdeburger-Debatte brachten die Unabhängigen einen Antrag ein, der eine Stellungnahme der Regierung zum Ruhrstreik fordert, da morgen der Streik in seine entscheidende Phase trete. Die Regierung müsse sich verständigen, sonst würden sämtliche Hoffnungsarbeiten in den Schächten eingestellt. Minister Schmidt teilte mit, daß Minister Bauer bereits gestern in das Streikgebiet abgereist sei, um Verhandlungen einzuleiten. Er hat, angeblich dieses Umstandes, den Antrag zurückzustellen. Bei Reaktionsstimmung stand das Ergebnis der hieran sich anschließenden Debatte noch aus.

Die heutige Vormittagsitzung wurde um 1/10 Uhr durch den Vorsitzenden Gaußfeld eröffnet. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Rechtsanwalt Rosenfeld-Berlin (V. S. P.) fest, daß Ledebour nicht entlassen werden sei und verlangte vom Vorstand Auskunft über die in dieser Beziehung unternommenen Schritte. Gaußfeld verlas darauf ein Schreiben vom preussischen Justizminister eingeholene Schreiben, in dem mitgeteilt wird, daß die Haftentlassung nur durch das zuständige Gericht erfolgen könne, daß aber der Minister von einer Weitergabe des Haftentlassungsgesuches an das zuständige Gericht abgesehen sei. Diese Immunität könne nach dem Gesetz nicht als begründet anerkannt werden. Rosenfeld bezeichnete diese Stellungnahme des Justizministers als

eine Verhöhnung des Kongresses

und ersuchte den Vorstand, das zuständige Gericht zu einer sofortigen Erklärung auf das auch dem Gericht zugewandene Haftentlassungsgesuchen des Kongresses zu veranlassen.

Der Vorsitzende stellte darauf das Einverständnis der Versammlung fest, daß der zuständige Untersuchungsrichter noch nicht sofort durch ein Schreiben zu unersetzlicher Erklärung zu dem Haftentlassungsgesuch ersucht werden soll. — Es wurde dann ein Dringlichkeitsantrag auf Haftentlassung des zweiten Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates Magdeburg, Brandes, und zweier Mitglieder des Magdeburger Korps-Soldatenrates eingebracht. Die Versammlung erkannte die Dringlichkeit dieses Antrages an. In seiner Begründung des Antrages gab Bod Magdeburg einen Überblick über die zum größten Teil in der Presse schon bekannten Vorgänge in Magdeburg und betonte, daß hierbei bedenkliche Gründe für die Verhaftung Brandes vorhanden seien. Die Verhaftung sei erfolgt, nachdem die aktiven Unteroffiziere und die sonstigen beteiligten Kreise die bekannte Resolution gefaßt hatten, worin sie den aktiven Offizieren Mißtrauen auszusprechen. In jener Versammlung habe ein Mehrheitssozialist den Antrag auf Anschluß an die Sowjetrepublik und Ausrufung der Räterepublik gestellt. Die Versammlung habe jedoch diesen Antrag abgelehnt und auch Brandes hat sich vor allem gegen den Antrag gewendet. Große Mißruhe habe es unter der Magdeburger Arbeiterschaft erzeugt, daß einem konservativen Gebietsleiter

und Oberleutnant d. R. von der zuständigen Behörde die Ermächtigung

zur Aufstellung einer Einwohnerwehr

erteilt worden ist. Dieser Mann habe sich dabei nicht, wogu er angezogen war, mit dem Magdeburger Generalkommando in Verbindung gesetzt und ohne Kenntnis der Soldatenräte und der Arbeiterschaft heimlich Waffen an die Bürgerwehr verteilt. Bei verschiedenen Kommerzienräten und anderen ähnlichen Personen sind dann Waffenbörse gefunden worden. Dieses Vorgehen ist von der Arbeiterschaft und den Soldaten als eine Gegenrevolution betrachtet worden, und die Leute, die sich gegen diese Gegenrevolution gewendet haben, sind dann verhaftet worden. Gerade Brandes hat sich am wenigsten etwas zu Schulden kommen lassen, was seine Festnahme rechtfertigen könnte. Brandes hat überall vermittelnd eingegriffen und ergriffen sich in allen Kreisen der Vertrauens. Die Verhaftung Brandes' hat deshalb in den Kreisen der Arbeiterschaft die große Erbitterung hervorgerufen. Erfolgt seine Freilassung, dann ist der Bürgerkrieg in Magdeburg sofort beendet. Auf Wunsch aus der Versammlung bezeichnete der Redner das mitverhaftete Mitglied des Korps-Soldatenrates Böckel als denjenigen Mehrheitssozialisten, der den Antrag auf Ausrufung der Räterepublik und Anschluß an die Sowjetrepublik eingebracht hat.

Namens der S. P. D. Fraktion sprach Delegierter Rümmele das lebhafteste Bedauern über die Magdeburger Vorgänge aus. So einfach lägen die Dinge für die Mehrheitssozialisten aber doch nicht, wie sie der Vorredner geschildert habe. Es sei schwer oder gar unmöglich, zu diesen Vorgängen hier Stellung zu nehmen, ohne einwandfreies Material in der Hand zu haben. Den Mehrheitssozialisten sei es daher unmöglich, zu dem Antrag sich Stellung zu nehmen. Sie erwarteten aber mit Bestimmtheit von der Regierung, daß diese schnell in eine

geründliche Prüfung über die Gründe

der Verhaftung eintrete und, falls Ungerechtigkeiten vorgekommen sein sollten, diese unverzüglich wieder gut mache. (Mruhe bei den Unabhängigen.)

Der Vorsitzende des Korps-Soldatenrates des 16. Armeekorps trat für den Antrag Bod ein. Er bemerkte, daß einige seiner hier anwesenden Kameraden ebenfalls die Verhaftung zu gewichtigen hätten. Es sei durchaus falsch, daß die aktiven Unteroffiziere in Magdeburg auf den Sturm der Regierung hingearbeitet hätten; sie hätten sich lediglich zu dem Zweck zusammengeschlossen, ihre berechtigten Interessen zu wahren und seien im übrigen zum Schutze der Regierung gekommen.

Auch der Redner der demokratischen Fraktion, Runge (Birnbaum), bedauerte im Namen seiner Parteifreunde die Magdeburger Vorgänge auf das lebhafteste, erklärte aber, aus rechtlichen Gründen dem Antrage nicht zustimmen zu können. Die Vorgänge lägen doch hier keineswegs so klar zutage, daß man sich ein sicheres Urteil bilden könne.

Schimmel-Stuttgart (Mehrheitssozialist): Es ist gefährlich, in einem Augenblick, wo diese Sache noch schwelgt, zu derartigen bedauerlichen Vorurteilen Stellung zu nehmen. Wir müssen erst einwandfreies Material haben. Wir stehen deshalb auf dem Standpunkt, daß es unmöglich ist, gegenwärtig dem Antrage zu entsprechen, erwarren aber von der Regierung baldigste Vorlegung des Tatsachenmaterials.

Der Vorsitzende des Korpsverbandes der vereinigten aktiven Unteroffiziere des 12. und 16. Armeekorps unterstützt den Antrag auf Haftentlassung. Wir sind Soldaten, wollen uns aber nicht politisch entscheiden lassen, sonst hätten wir keine Revolution gebraucht. In einem Notizbuch des Generalkommandos steht, daß wir den Satz gefunden:

„Anträge der Unteroffiziere gehen in den Papierkorb.“

Runge-Birnbaum (Dem.): Wir bedauern lebhaft die Magdeburger Vorgänge, die uns aber nicht so hinreichend bekannt sind, daß wir ein abschließendes Urteil fällen können. So lange kein gerichtlicher Beschluß vorliegt, müssen wir das Weitere abwarten.

Hermann Müller: Die Magdeburger Vorgänge sind außerordentlich bedauerlich, aber hier handelt es sich um eine Stellungnahme gegenüber Behauptungen, deren Richtigkeit wir im einzelnen jetzt nicht nachprüfen können. Wir wissen nicht, ob das hier vorgetragene Material zum Hofbesitz führte. (Zuruf: Spindelmaterial!) Ich bitte, solche Verdächtigungen und Beleidigungen zu unterlassen, wir haben niemals Spindelmaterial benutzt. Wenn Sie nur auf Grund des vorgetragenen Materials so schwerwiegende Beschuldigungen fassen wollen, so dürfen Sie sich nicht wundern, wenn Ihre Beschuldigungen keine Autorität mehr haben. (Großer Lärm bei den Unabhängigen.)

Ein Magdeburger Vertreter der Mehrheitssozialisten stellt fest: Genosse Reiter hat ausdrücklich erklärt, daß er nicht mit einem konservativen Vertreter in Weimar in Angelegenheit der Bürgerwehr gewesen ist. Genosse Böcker ist sicher noch ein junges Mitglied der Partei und ein

so genannter Novembersozialist,

der zweifellos in engem Zusammenhang mit den Unabhängigen arbeitet, und von jenen sicher erst gelernt hat. Ich beantrage, daß wir die Regierung auffordern, sofort die Sache zu präzisieren und uns umgehend das Material mitzuteilen. Nach weiterer kurzer Debatte wird einstimmig ein Antrag Rosenfelds angenommen, sofort eine Kommission, bestehend aus je einem Mitglied jeder Fraktion, zu ernennen, die sich mit dem Material der Soldatenfraktion zu Roste bezieht, mit ihm über die Angelegenheit spricht, und dem Kongress Bericht erstattet.

Eingegangen in ein Antrag der Unabhängigen:

„Heute mittag 12 Uhr wird der Generalkommando im Ruhrgebiet in seine Schlußphase, in den entscheidenden Abschnitt eintreten. Falls die Vergewaltigungen nicht erfüllt werden, sollen auf Verlangen der Arbeiterschaft auch die erforderlichen Notmaßnahmen ergriffen werden. Der Kongress fordert von der Regierung eine sofortige Erklärung über ihre Stellung in dieser außerordentlichen Lage.“

(Fortsetzung im Morgenblatt.)

Ruhe in Stuttgart. Amlich wird gemeldet, in Stuttgart vollständige Ruhe. Die Arbeit ist in den meisten Betrieben

wieder aufgenommen. Bis Donnerstag hofft man, die ganze Stadt mit Gas versehen zu können.

Politischer Generalkreis in Braunschweig.

Braunschweig, 9. April.

Auf Beschluß des Aktionsausschusses der Betriebsausschüsse und der Vertrauensmänner der Arbeiter ist heute vormittag die revolutionäre Arbeiterschaft Braunschweigs in den politischen Generalkreis eingetreten. Es gelte den Kampf gegen den Kapitalismus und den Militarismus und die Rettung der Revolution. Sämtliche öffentlichen Lokale bis auf die Lebensmittelgeschäfte sind geschlossen zu halten, nach 8 Uhr abends darf niemand mehr ohne Anweisung des revolutionären Aktionsausschusses auf der Straße sein, ausgenommen Ärzte usw. Vor den Banken sind Volkswehrposten aufgestellt. Auch der Eisenbahnverkehr ist vollständig stillgelegt.

Selmstedt, 9. April.

Eine Abteilung der Braunschweiger Volkswehr hat gestern, wie das „Selmstedter Kreisblatt“ berichtet, die öffentlichen Gebäude in Selmstedt besetzt. Im Rathaus lagen Maschinengewehre, Telephonapparate und Telegramme werden kontrolliert. Der an der Befreiung des Ministers Vandsberg besonders beteiligte Polizeibeamte Bremer soll mißhandelt worden sein, er war einige Zeit festgenommen, wurde aber wieder freigegeben. Zwei Volkskommissare aus Braunschweig sind gestern zu Verhandlungen in Selmstedt eingetroffen. Der Bürgermeister ist vorläufig vom Amte suspendiert worden.

Die Lage in Bayern.

München, 9. April. (X. M.)

Der vorläufige Rat der Volksbeauftragten, dessen Zusammenfassung durch eine offizielle Bekanntmachung bereits bekanntgegeben wurde, hat eine Kundgebung erlassen. So ist zum Volksbeauftragten der militärischen Angelegenheiten der frühere Vorsitzende der proletarisch-bewaffneten Kommission, Ritter, ernannt worden. Als Volksbeauftragter für die Finanzen wird Dr. Geßel genannt, doch scheint man im Laufe des Tages auch wieder von diesem Namen abgesehen zu sein. Jedenfalls ist bis zur Stunde noch nichts Näheres über die Besetzung bekannt.

München, 9. April. (X. M.)

Die gesamte Garnison Münchens, einschließlich der Schuttpolizei, erläßt eine Erklärung, wonach sie sich geschlossen auf den Boden der kommunistisch-sozialistischen Räterepublik stellt und zum Zeichen dafür, zum Teil bewaffnet und mit roten Fahnen, durch die Straßen zieht.

München, 9. April.

Der provisorische revolutionäre Zentralrat hat alle bayerischen Arbeiterräte aufgefordert, durch Delegierte die Sozials und Gasthäuser in Bezug auf Lebensmittelvorräte, Mahlmehle und Zimmerpreise zu kontrollieren und eventuelle Vorkäte, welche den normalen Gebrauch übersteigen, zu beschlagnahmen und den kleinen Gasthöfen, in denen vorwiegend Arbeiter verkehren, zuzumessen.

Die Lage der Bamberger Regierung.

Bamberg, 9. April.

In dem schönen alten Bau des Bamberger Rathauses sitzt heute die bayerische Staatsregierung, wenigstens ihre Mehrheit. Außer dem Ministerpräsidenten Hoffmann sind hier der Minister des Innern, Segitz, der Justizminister Gndress und der Militärminister Schneppenhorst. Es fehlen also außer Herrn v. Frauendorfer die beiden Unabhängigen Simon und Unterleitner. Der Ministerpräsident hat auch diese Herren aufgefordert, sich der rechtmäßigen Regierung in Bamberg anzuschließen. Ein erheblicher Teil der Angehörigen aller Fraktionen des bayerischen Landtages hat sich ebenfalls hierher begeben und gebietet sich heute in einer Erklärung an das bayerische Volk zu wenden mit der Aufforderung, nur den Anordnungen der rechtmäßigen Staatsregierung Folge zu leisten. In Bamberg ist zweifellos sowohl die Bevölkerung, wie auch die Garnison geschlossen für die bisherige Regierung und gegen die Münchener Usurpatoren. Ebenso scheint Arnberg sich zu halten. Dort ist gestern vormittag die großangelegte Demonstration der Unabhängigen und Kommunisten vollkommen gescheitert.

Politische Nachrichten

Wie die P. A. erfahren, ist der Gesandtenwurf über den Staatsgerichtshof heute endgültig durchgesprochen und angenommen worden. Er geht heute oder morgen an den Staatsauschuß, um dann an die Nationalversammlung weitergegeben zu werden.

Ein Bezirksparteitag der Deutschen demokratischen Partei für den Wahlbezirk Potsdam 1-9 findet am Sonntag, den 13. April, vormittags 10 Uhr, in Berlin im Festsaal des Abgeordnetenhauses statt. Auf der Tagesordnung stehen außer Vorstandswahlen und Wahlen zum Provinzialverband Organisations- und Agitationsfragen.

Der preussische Unterrichtsminister hat, wie die „Germania“ teilt, auf eine Anfrage mitgeteilt, daß gegenwärtig die Aufhebung des autoritativen Rektorats und die Einführung der kollegialen Verwaltung der mehrklassigen Schulen vorbereitet werde.

Ein Staatsvertrag zwischen Deutschland und dem neuen Republik Litauen ist in Vorbereitung und erster Staatsvertrag, den die deutsche Republik mit einem auswärtigen Staat abschließt. Der Vertrag will die handelsrechtlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten regeln. Deutschland verlangt von Litauen, daß Litauen alle Annerkennungsbekundungen auf Teile von Ostpreußen aufgibt. Man hofft, daß der Vertrag auf dieser Grundlage zustande kommt.

